

B - 5. JAN 1973

Aufzeichnung über das von Generalsekretär Ernesto Thalmann am 14./15. Dezember 1972 mit Generalsekretär Walter Wodak in Wien geführte Gespräch.

1. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

T. orientiert anhand des aus Helsinki erhaltenen zusammenfassenden Telegramms über unsere Eindrücke vom bisherigen Verlauf der multilateralen Vorbereitungsgespräche.

W. macht einige Überlegungen betreffend den festgestellten starken russischen Einfluss in Helsinki. Das Verhalten der Finnen an den Gesprächen in Helsinki sollte nicht als Einzelfall gewertet werden. Nach österreichischen Informationen befinden sich die Finnen schon seit etwa 3 Jahren in einer schwierigen Lage, weil sie sich über die sowjetische Haltung ihnen gegenüber - im Gegensatz zu früher nicht mehr im klaren sind. Als Beispiel führt W. die Angelegenheit "Nordek" an, ferner die Wahl des Generalsekretärs der UNO (den Russen ging es weniger um die Person des finnischen Kandidaten, als viel eher darum, den Finnen eine Erhöhung ihres Prestiges nicht zugestehen zu wollen); hinsichtlich der Anerkennung beider deutscher Staaten seien die Finnen ebenfalls unsicher gewesen und hätten nicht etwa auf russischen Wunsch gehandelt, sondern in der Annahme, etwas tun zu können, was ihres Erachtens den Sowjets genehm sein müsste. Unklarheit zeigte sich übrigens auch bei der Einladung zur Vorkonferenz durch die Finnen.

Was den Konferenzort anbelangt, so möchte Oesterreich den Finnen nichts wegnehmen, bleibt aber disponibel. Was Oesterreich nicht mehr wünscht, ist ein alternierender Sitz, was sich bei den SALT zum Nachteil Finnlands wie auch Oesterreichs ausgewirkt hat. Die Oesterreicher nehmen an, dass sich die Amerikaner und die Sowjets darüber geeinigt haben, dass das Aussenministertreffen im Juni 1973 in Helsinki abgehalten werden soll. Wien interessiert sich stark für die Beherbergung der anschliessenden Kommissionssitzungen, die unter Umständen nicht in Helsinki oder nur zum Teil dort abgehalten werden dürften. Aus diesem Grunde würde es in Wien sehr begrüsst, wenn die MBFR ihren Sitz in der Schweiz nehmen würde, wo ja schon die SALT untergebracht sind.

Teilnehmerkreis. Es sollen alle Länder teilnehmen, die an den Vorbereitungsgesprächen in Helsinki eingeladen sind. Zur Frage einer allfälligen Mitwirkung der Maghrebstaaten vertritt Oesterreich die Auffassung, dass diese Staaten jedenfalls nicht als Beobachter zugelassen werden sollten, da sonst Gemeinsamer Markt, Comecon, ECE, UNESCO usw. ebenfalls in dieser Eigenschaft vertreten sein möchten. In diesem Zusammenhang erwähnt W. noch, dass die relative Bewegungsfreiheit der Neutralen und Blockfreien vorauszusehen gewesen sei, nachdem innerhalb der beiden Blöcke keine homogenen Standpunkte vertreten werden.

Mittelmeer. Kreisky war nach W. immer der Meinung, dass Mittelmeer und Naher Osten nicht ausgeklammert werden könnten, hat aber keine bestimmte Art des Vorgehens mit dieser Vorstellung verbunden. Man fragt sich österreichischerseits, wie dieser Gedanke weitergeführt werden könnte und neigt dazu vorzuschlagen, die Mittelmeerfrage sei unter Einschluss des Nahen Ostens in die Traktandenliste aufzunehmen. Eine separate Mittelmeerkonferenz würde nicht zu dem Ziele führen, das Oesterreich anstrebt, nämlich Europa irgendwie in die Regelung der Nahostfrage einzuschalten (für den Fall, dass die UNO (Jarring) und die USA ihre Bemühungen um eine Regelung der Nahostfrage einstellen müssten). Dies hätte den Vorteil, dass der Druck vieler kleiner Länder auf Israel - wie es in der UNO der Fall ist - nicht mehr bestehen würde. Oesterreich glaubt, dass schließlich Israel von diesem Standpunkt überzeugt werden könnte. Zurzeit ist Israel offenbar gegen eine Aufnahme der Frage durch die Sicherheitskonferenz, weil es direkte Gespräche mit den Arabern wünscht. Allerdings will Oesterreich für diese Idee nicht auf die Barrikaden steigen, in irgendeiner Weise möchte es sie dennoch weiterverfolgen. Zum Beispiel könnte nach W. die Sicherheitskonferenz einen Vorschlag lancieren, wonach eine permanente Einrichtung unter Beteiligung von 3 oder 4 europäischen Ländern sich den Israeli und Arabern zur Verfügung stellen würde, insofern dort eine solche Vermittlung auf Interesse stossen sollte. Man könnte aber auch für die Aufnahme der Mittelmeerfrage in die Traktandenliste plädieren, davon ausgehend, dass dieser Problemkreis die Nahostfrage einschliesse.

T. ersucht um eine Präzisierung: Was hat Kirchschlüger eigentlich gemeint, als er anlässlich seines Besuches in Bern erklärte, Oesterreich sei deshalb an der Sicherheitskonferenz und ihren Resultaten besonders interessiert, weil die Neutralen damit unter vermehrtem Schutz der Amerikaner gelangen würden?

W. sieht die Idee darin: Wenn ein Dokument zustande kommt, in dem die Grenzen in Europa und ihre Unverletzlichkeit anerkannt werden, würde das einer moralischen Verpflichtung der Amerikaner gleichkommen, sich weiterhin für Europa einzusetzen, was bisher nicht bestanden habe. Auch im Zusammenhang mit einem obligatorischen Schiedsgerichtsverfahren wäre eine amerikanische Unterschrift in gleichem Sinne zu begrüßen.

Die Ueberraschung der Russen über den bisherigen Verlauf der Gespräche sei darauf zurückzuführen, dass sie in einer abgeschlossenen Welt lebten und ihre einseitigen Erfahrungen auf die Gegenspieler transponierten. Sie gingen davon aus, dass, wie bei ihrem Satellitenreich, auch im Westen alles auf die Machtzentrale ausgerichtet sei und dass die Amerikaner, wie die Russen, verbindlich für ihre Anhänger verhandeln könnten, d.h. was seitens der Amerikaner mit den Russen abgesprochen werde, gelte ohne weiteres auch für die übrigen Staaten.

W. erklärt dann, dass Oesterreich an der Uebernahme des Sitzes des permanenten Organs sehr interessiert sei. Oesterreich liege an der kritischen Grenze in Europa. Durch diesen kleinen Vorteil könne Oesterreich seine Position vermehrt absichern. Seine Stellung habe sich seit dem Staatsvertrag ständig gefestigt, und ein gesamteuropäisches Organ in Wien wäre gewissermassen die Krönung dieser Entwicklung. Uns sei es seinerzeit so mit dem Völkerbund ergangen. Der grösste Konkurrent Oesterreichs in dieser Frage sei Frankreich. Die Sowjets hätten sich in dieser Hinsicht noch nicht entschieden und warteten ab, um den grösstmöglichen Vorteil aus ihrer Stellungnahme herauszuholen.

T. benützt diesen Anlass, um die Frage zu stellen, ob Oesterreich glaube, mit der Schaffung eines neuen UNO-Zentrums in Europa auf dem richtigen Weg zu sein.

W. Oesterreich hat im Zusammenhang mit Atomagentur und UNIDO Verpflichtungen übernommen, denen es sich nicht mehr entziehen kann. Es wird nach dem Bedarf dieser beiden Organisationen gebaut, die Sache kostet Oesterreich aber enormes Geld (200 - 300 Mio Dollar).

In der Frage der Streitschlichtung unterstützt Oesterreich unsere Bemühungen. Man werde vor der Frage stehen, an der obligatorischen Streitschlichtung festzuhalten, jedoch das Anwendungsgebiet relativ zu beschränken und in der Folge pragmatisch auszudehnen. Dies wäre einer vagen Formel, wie sie in der UNO-Charta festgehalten sei, vorzuziehen. W. schlägt vor, wir sollten in dieser Frage engen Kontakt halten und ein Gespräch "zwischen unsern Juristen" könnte sich als nützlich erweisen.

Oesterreich tritt für eine Unterteilung der Gesprächsthemen ein. Was die militärischen Fragen anbetrifft, so sollten nach österreichischer Auffassung im Rahmen der Sicherheitskonferenz gewisse Prinzipien festgehalten werden: collateral measures, confidence building measures. Die Entscheidung, wie weit das möglich sein werde, liege westlicherseits vor allem bei den Amerikanern, die sich bisher nur mit der Notifikation von Manövern einverstanden erklären konnten. Die europäische Sicherheit sollte als Ganzes behandelt werden, nicht nur in Teilaspekten. Oesterreich wird sich insbesondere auch für den Traktandenpunkt Bewegungsfreiheit für Ideen und Menschen voll einsetzen. Darin muss auch die Frage der Tätigkeit von Journalisten einbezogen werden.

T. wirt das Problem der Familienzusammenführungen auf.

W. ist der Ansicht, alle diese Fragen müssten vertieft und auch gewisse Abwehrmassnahmen des Westens abgebaut werden. Zum Beispiel seien die Visa ein ungeeignetes Mittel, um der östlichen Spionage entgegenzutreten. Andererseits halte der Osten die Ausreisevisa aufrecht. Man sollte in gemeinsamer Zusammenarbeit konkrete Wünsche formulieren.

2. Geteilte Staaten.

Das Gespräch gilt der gegenseitigen Orientierung und angesichts der Entwicklung (DDR, Anerkennung von Nord-Vietnam durch Oesterreich) ergibt sich kaum etwas Interessantes. Sowohl hinsichtlich Proportionalität der Vertretungen wie Bewegungsfreiheit sind die Oesterreicher im Falle der DDR nicht für Beschränkungen, da Retorsionsmassnahmen kaum anwendbar.

3. Bilaterale Fragen.

T. erklärt anhand der vorhandenen Notizen den Stand der bilateralen Beziehungen und übergibt W. unsere Aufzeichnung betreffend denkbare Möglichkeiten einer Ausdehnung der Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten.

W. zeigt sich erwartungsgemäss für jede Möglichkeit der Zusammenarbeit interessiert und plädiert insbesondere für einen vermehrten Austausch von Journalisten. Er anerkennt, dass es nicht genüge, einfach Vertreter verschiedener Blätter einzuladen, es müsse eine Selektion getroffen werden, und man müsse solchen den Vorzug geben, die wirklich interessiert seien und etwas schreiben möchten; Journalisten-Tourismus sei keine tragende Basis. W. denkt zum Beispiel an hervorragende Wirtschaftsjournalisten. Nur so gelinge es, allmählich die noch weitverbreiteten gegenseitigen falschen Vorstellungen abzubauen. Im übrigen sieht er im Zusammenhang mit den von T. vorgetragenen hängigen Fragen keine Problematik.

Zur Frage der Erdgasleitung durch Oesterreich nach dem Westen ist inzwischen ein Entscheid gefallen. Die Leitung, die teilweise durch Süddeutschland hätte geführt werden sollen, wird nicht gebaut. Es wird eine Leitung in Richtung Süden (Italien) erstellt, von der leider das westliche Oesterreich nicht profitieren kann. Dieses Gebiet muss den mitten durch die Bundesrepublik führenden Leitungen angeschlossen werden. Die an der Sache interessierten Schweizergruppen sollten sich gegebenenfalls direkt mit den österreichischen Privatbeteiligten in Verbindung setzen.

W. kommt dann auf das Internationale Institut für Systemanalyse zu sprechen, das seinen Sitz in Wien haben werde. Das Sitzabkommen soll im Januar unterzeichnet werden. Es handle sich um eine Einrichtung zwischen Akademien und nicht zwischen Staaten. Interessiert seien die USA, UdSSR, Grossbritannien, Frankreich und andere Staaten. Oesterreich sei noch nicht Mitglied, wolle es aber werden. Wien würde gewissermassen als Computerbrückenkopf zwischen dem Osten und dem Westen dienen. Russischerseits ist Guishiani interessiert, amerikanischerseits ein Prof. Jewson (MIT). Vorerst soll an 12 Mitgliederakademien gedacht werden, das Budget betrage 3 Mio Dollar im Jahr, und das Institut werde etwa 200 Wissenschaftler beschäftigen. Vielleicht komme es zu einer Zusammenarbeit mit dem Club of Rome. Wer rechtzeitig zustosse, habe den grössten Vorteil. Oesterreich stehe uns für alle Auskünfte zur Verfügung.

4. Weitere Probleme.

W. äussert sich besorgt über die paralyisierende Rolle, welche die Entwicklungsländer in der UNO spielen, was die Gefahr einer ständigen Konfrontation heraufbeschwöre. Die Schwerpunkte der UN-Debatten lägen ständig bei 3 oder 4 Fragen. W. zitiert: 1) Arm-Reich, 2) Apartheid, portugiesische Kolonien, 3) Nahostfrage - Terrorismus und 4) Sitzfragen (Prestige). Man müsse versuchen, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, wobei nach Auffassung W's. bei den Regierungen angesetzt werden sollte, die zu Vernunft anzuhalten wären. W. glaubt, dass die interessierten westlichen Länder eine gemeinsame Linie finden sollten, die in diesen Entwicklungsländern zu verfolgen wäre. Das Aussenministerium in Wien beabsichtigt, zu dieser Frage eine Studie auszuarbeiten.

T. zweifelt daran, dass man mit einem Appell an die Vernunft bei den Entwicklungsländern durchkommt. Diese haben das Gefühl erhalten, dass sie alles entscheiden können. Zitiert als Beispiel UNCTAD betreffend Nationalisierungen sowie Sitz Nairobi für Umweltschutzsekretariat. Solche Tendenzen dämpfen den Enthusiasmus der Schweizer.

W. kommt auf Jugoslawien zu sprechen. Für Oesterreich ist Jugoslawien ein wirkliches Problem, und man hofft nur, nicht eines Tages gezwungen zu sein, Truppen an die Südgrenze senden zu müssen. Nationalitätenstreit und Frage Liberalisierung stellen Jugoslawien vor eine schwere Probe. Zentralisierung über Parteiapparat und Blickrichtung Moskau sind gegenwärtig Titos Methoden, um das Ganze zusammenzuhalten. Der Unabhängigkeitswille gegenüber Moskau ist indessen nicht in Frage gestellt. Bei seinen Konsolidierungsbemühungen bedient sich Tito gegenwärtig der Slowenen, weil diese am wenigsten auf eine eigene Nationalität Anspruch erheben. Die Slowenen leben auch in einer Art Urangst als Grenzland. Das heisst, eigentlich aus innenpolitischen Gründen griff Tito die Frage der slowenischen Minderheiten in Kärnten auf. Normalerweise wäre diese Frage ohne Bedeutung geblieben, man kann sie nur aus der oben dargelegten Perspektive verstehen.

Was die übrigen Oststaaten anbetrifft, so muss nach W. der Westen sich immer bewusst sein, dass ihre Bewegungsfreiheit innerhalb des Satellitenreiches eng begrenzt ist. Zwei Aspekte sind wichtig: 1) Die Präsenz sowjetischer Truppen oder Drohung mit solcher Präsenz, 2) die führenden Leute in diesen Ländern wollen an der Macht bleiben und stützen sich daher auf Moskau ab. Danach müssen wir beurteilen, was wir tun können.

T. berichtet über seine Reise durch die Oststaaten, wobei ihn eines frappiert hat: der überall ausgesprochene Wunsch nach industrieller Zusammenarbeit mit dem Westen. Verarbeitung im Osten zur Entlastung des Westens etc.

W. Oesterreich hat noch keine überzeugenden Erfahrungen gemacht auf diesem Gebiet, am ehesten noch mit Ungarn. Andererseits fühlt man auch hier den Druck Moskaus auf die Satelliten. Wenn die Sowjets auf dem Gebiet der Kooperation weiter kämen, würden auch die Satelliten besser dran sein in dieser Beziehung.

Die EWG begeht einen Fehler, wenn sie auf gemeinsame Verhandlungen mit dem Comecon drängt. Damit treibt sie die Satelliten, die Wert auf unabhängige bilaterale Auseinandersetzung mit dem Westen legen, geradezu in die Arme Moskaus.

In der Frage der Exilkroaten hat Jugoslawien eine Note an Oesterreich gerichtet. Man hat noch nicht geantwortet. Es bestehen Kontakte zwischen den Sicherheitsbehörden beider Länder zu dieser Frage. Oesterreichischerseits wundert man sich, dass es immer wieder vorkommt, dass Kroaten aus Jugoslawien ausreisen können, die dann im Ausland gegen Belgrad agieren.

Bezüglich Liechtenstein hat W. nie etwas davon gehört, dass sein Land eabsichtige, in Liechtenstein einen Botschafter zu akkreditieren.

Oesterreich wäre interessiert, gemeinsam mit der Schweiz eine vernünftige Ostforschung zu betreiben. Genaue Untersuchungen über soziale Struktur und Motivierungen könnten wertvoll sein für unser Verhalten. W. denkt auch an systematische Befragungen, z.B. der nach Israel emigrierenden russischen Juden.

T. erklärt, wir seien interessiert, doch könne man natürlich kein "watching-Institute" aufbauen -- dies könnte nur störend wirken. Als Rahmen käme eventuell das von uns geplante Friedensinstitut in Frage. Erwähnt auch Prof. Freymond.

W. erwidert, man stelle zurzeit eine Liste aller Institute in Oesterreich zusammen, die sich mit Ostforschung befassen. Die Russen hätten nie Schwierigkeiten gemacht, denn alle Institute seien privater Natur (zum Teil subventioniert über das Wissenschaftsministerium). W. schlägt vor, darüber in Kontakt zu bleiben.

W. weist abschliessend nochmals darauf hin, dass nach dem Abschluss des Vorbereitungstreffens in Helsinki beide Seiten sich treffen und über das weitere Vorgehen sich konsultieren sollten. Im übrigen verdankt er die Einladung T's. zu einem Gegenbesuch.

MB/hb

Verteiler:

- Herrn Bundesrat Graber
 - Herrn Generalsekretär Thalman
 - Herrn Botschafter Bindschedler
 - Herrn Botschafter Keller (2 Ex.)
 - Herrn Botschafter Diez (2 Ex.)
 - Herrn Botschafter Janner
 - Herrn Botschafter Marcuard
 - Herrn Botschafter Probst (2 Ex.)
 - Herrn Minister Nussbaumer
 - Herrn Minister Thévenaz
 - Politischer Dienst West
 - Politischer Dienst Ost (3 Ex.)
 - Herrn Erni, Informations- und Pressedienst
 - Botschaft Wien
 - FK.
- Ba -8. Jan. 73-15